

Inhalte der Wahlprogramme der Parteien nach Stichworten

Stand: 9. Februar 2025

Im Folgenden finden Sie eine Übersicht der Inhalte aus den aktuellen Grundsatz-, Regierungs- und Wahlprogrammen von fünf aktuell im Bundestag vertretenen Parteien, welche die **dbl-Projektgruppe Bundestagswahl 2025** zusammengestellt hat. Die Informationen aus den Grundsatzprogrammen sind mit dem Buchstaben A gekennzeichnet. Die Informationen aus den aktuellen Wahlprogrammen für die kommende Wahl sind mit dem Buchstaben B gekennzeichnet.

Die nachfolgende Übersicht dient einer möglichst neutralen und wertfreien Darstellung der Positionen der Parteien. Es handelt sich zum Großteil nicht um direkte Zitate, da Inhalte aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Übersichtlichkeit teilweise gekürzt und sprachlich angepasst wurden. Bezeichnungen von z.B. Personengruppen oder Berufsgruppen wurden nicht verändert, sowie auch die Sprache in Bezug auf das Gendern. Die angegebenen Seitenanzahlen dienen als Hilfe, um den genauen Wortlaut der einzelnen Aspekte aus dem Originalmaterial nachgeschlagen zu können. Eine detaillierte Auflistung der gesichteten Programme befindet sich auf der letzten Seite. Die Programme finden sich gesammelt unter anderem auf folgender Website: <https://www.bundestagswahl-bw.de/bundestagswahl-wahlprogramme>

Einen Kommentar der Projektgruppe zum Umgang mit den Parteien AfD und BSW findet Ihr [hier](#).

Für Fragen und Anregungen steht Euch die dbl-Projektgruppe Bundestagswahl 2025 gerne zur Verfügung (Kontakt zu den Ansprechpartnerinnen Dagmar Karrasch und Heidemarie Büchner: E-Mail: info@dbl-ev.de).

Berufsgesetz

CDU/CSU	<ul style="list-style-type: none"> • Die duale Ausbildung soll gestärkt werden (B, S. 64, 65). • Ausbildungsberufe sollen die gleiche Wertschätzung wie akademische Berufe erhalten (B, S. 64, 65). • Junge Menschen sollen ermutigt werden, sich für eine berufliche Ausbildung zu entscheiden (B, S. 64, 65).
SPD	<ul style="list-style-type: none"> • Die Attraktivität der Ausbildungen soll gesteigert werden (B, S. 32). • Das duale Studium soll stärker gefördert werden (B, S. 16). • Es soll praxisnahe und kostenfreie Ausbildungen in den „Gesundheitsfachberufen“ (B, S. 32) geben. • Einheitliche Standards sollen sicherstellen, dass alle Berufe in diesem Bereich von hoher Ausbildungsqualität profitieren – besonders die therapeutischen Berufe (B, S. 32).
Bündnis 90/Die Grünen	<ul style="list-style-type: none"> • Qualität der Versorgung weiter durch „eigenes Heilberufegesetz“ fördern, weitere qualitätsgesicherte Heilberufe integrieren und deren weitere Akademisierung regeln (A, S. 89). • Die duale Ausbildung wird als wichtige Säule unserer Arbeitswelt angesehen (B, S. 17).

	<ul style="list-style-type: none"> • Studium und Berufsausbildung in Verbindung mit beruflicher Erfahrung sollen als grundsätzlich gleichwertig gelten (B, S. 26, 78).
FDP	-
Die Linke	<ul style="list-style-type: none"> • Schulische Ausbildungen (Fachschulausbildungen nach DQR 6) sollen erhalten bleiben (B, S. 39).

Direktzugang

CDU/CSU	-
SPD	-
Bündnis 90/Die Grünen	-
FDP	<ul style="list-style-type: none"> • Freie Berufe im Gesundheitswesen¹ sollen in medizinischen Fragen autonom und frei von Weisungen Dritter entscheiden können (B, S. 32). • Es soll eine Therapiefreiheit der Behandlung ohne Budgetierungszwang geben (B, S. 32).
Die Linke	<ul style="list-style-type: none"> • Heilberufe sollen stärker eigenverantwortlich behandeln und beraten können (B, S. 19). • Befugnisse der Heilberufe sollen ausgeweitet werden (B, S. 19).

¹ gemeint sind z. B. Gesundheitscoaches (nicht Logopäd*innen)

Heilmittel

CDU/CSU	<ul style="list-style-type: none"> • Haus- und Kinderarztpraxen sollen innovativ weiterentwickelt werden. Sie sollen eine stärkere Steuerungsfunktion der Patienten übernehmen, um zu einer besseren Koordination der Behandlungsabläufe beizutragen und die Wartezeiten auf Arzttermine zu senken (B, S. 7,67). • Es soll mehr Zeit für Behandlungen geschaffen werden (B, S. 68).
SPD	-
Bündnis 90/Die Grünen	<ul style="list-style-type: none"> • Lücken im Übergang von stationärer Therapie zur ambulanten Reintegration sollen geschlossen werden (B, S. 96).
FDP	<ul style="list-style-type: none"> • Haus- und Kinderärzte sollen als erste Anlaufstelle in der Versorgung gelten (B, S. 32).
Die Linke	<ul style="list-style-type: none"> • Eine flächendeckende Versorgung soll gewährleistet werden (B, S. 19). • Die Befugnisse der Heilberufe sollen ausgeweitet werden (B, S. 19).

	<ul style="list-style-type: none"> • Gesundheitsberufe wie Apotheker*innen, Pflegekräfte, Therapeut*innen (Heilmittel), Hebammen, medizinische Fachangestellte und Notfallsanitäter*innen sollen stärker eigenverantwortlich behandeln und versorgen können (B, S. 19).
--	--

Fachkräftemangel

CDU/CSU	<ul style="list-style-type: none"> • In Bezug auf die ländliche Versorgung soll es keinen „kalten Strukturwandel“ (B, S. 67, 68) in Bezug auf die Krankenhausreform geben.
SPD	<ul style="list-style-type: none"> • Es sollen gut qualifizierte Fachkräfte in ausreichender Zahl – als Voraussetzung für mehr Kita-Plätze, den Ganzttag im Grundschulalter, bessere Bildungsqualität, einen Ausbau der Betreuungszeiten und eine Reduzierung von Schließzeiten – gefördert werden (B, S. 15). • Es soll eine Fachkräfteoffensive für Kitas und Schulen verbindlich zwischen allen Bundesländern vereinbart werden, die unter anderem folgendes umfasst: den Ausbau von Ausbildungskapazitäten, eine entlohnte Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher, multiprofessionelle Teams, die verstärkte Ansprache von Quereinsteigenden aus anderen Berufen sowie den Ausbau vollzeitnaher Tätigkeit bei den meist weiblichen Beschäftigten (B, S. 15).
Bündnis 90/Die Grünen	<ul style="list-style-type: none"> • Es soll gute Arbeitsbedingungen in allen Pflege- und Gesundheitsberufen geben (A, S. 68). • Es soll mehr Personal, mehr Lohn und mehr Zeit für Patient*innen statt für Bürokratie geben (A, S. 68). • Die Gesundheits- und Pflegeberufe sollen Perspektiven bieten (Vereinbarkeit von Arbeit und Familie, Fortbildung, Aufstiegschancen und Sicherheit) (A, S. 68).
FDP	-
Die Linke	<ul style="list-style-type: none"> • Gute Löhne und Arbeitsbedingungen sollen dem Personalmangel entgegenwirken (B, S. 27).

Therapie in Einrichtungen

CDU/CSU	<ul style="list-style-type: none"> • Es soll mehr Gestaltungsmöglichkeiten in stationären und ambulanten Einrichtungen geben (B, S. 70). • Sektorengrenzen sollen abgebaut werden (B, S. 70).
SPD	<ul style="list-style-type: none"> • Barrieren zwischen Praxen, Krankenhäusern und weiteren Versorgungseinrichtungen sollen aufgehoben werden (B, S. 29). • Es soll eine passgenaue Zusammenarbeit geben (B, S. 29).
Bündnis 90/Die Grünen	<ul style="list-style-type: none"> • Bildungsorte sollen in den Netzwerken sozialer Unterstützungsleistungen eingebettet sein, die das Leben von Kindern und Jugendlichen ganzheitlich betrachten, passgenaue Hilfen anbieten und verhindern, dass Einzelne den Anschluss verlieren (A, S. 94). • Bildungseinrichtungen sollen die Kooperation untereinander verstärken und sich zur Zivilgesellschaft und zum Stadtteil hin öffnen (A, S. 94).
FDP	<ul style="list-style-type: none"> • Es soll bundesweit verpflichtende und altersgerechte Sprachtests für alle Kinder im Vorschulalter geben (B, S. 6). • Bei Förderbedarf soll eine verpflichtende Sprachförderung für mindestens zwei Jahre vor Beginn der Schulpflicht folgen (B, S. 6). • Es sollen multiprofessionelle Teams zur Entlastung des Erziehungspersonals eingesetzt werden (B, S. 6).
Die Linke	-

Interprofessionalität

CDU/CSU	<ul style="list-style-type: none"> • Es soll sich für effiziente Strukturen und Prozesse im Gesundheitswesen eingesetzt werden (B, S. 67, 68). • Eine Qualifikations- und Fachkräfteoffensive soll gestartet werden (B, S. 67, 68).
SPD	-
Bündnis 90/Die Grünen	<ul style="list-style-type: none"> • Es soll eine bessere Vernetzung, Koordination und Zusammenarbeit über alle Berufsgruppen hinweg geben (A, S. 66). • Eine gut abgestimmte Versorgung soll zur Regel werden (A, S. 66). • Die stationäre und ambulante Versorgung soll besser miteinander verknüpft werden (A, S. 66). • Ärzt*innen, Psychotherapeut*innen, Pflegekräfte und andere gesundheitsnahe Berufe sowie ein ausgebauter und gut ausgestatteter öffentlicher Gesundheitsdienst sollen Hand in Hand und auf Augenhöhe zusammenarbeiten, beispielsweise in gemeinwohlorientierten Gesundheitszentren. Dabei sollen folgende Maßnahmen helfen: eine umfassende Versorgungsplanung, Gesundheitsberichterstattung, eine Stärkung der Versorgungsforschung und die Aufwertung und Ausweitung der Kompetenzen in Gesundheits- und Pflegefachberufen (A, S. 66). • Heilmittelerbringer*innen und gesundheitsnahe Berufe sollen finanziell besser abgesichert werden (A, S. 66).

	<ul style="list-style-type: none"> • Pflegekräfte sollen mehr Steuerungsverantwortung für die Gestaltung der Pflege übernehmen können (A, S. 66). • Regionale Verbände sollen gefördert werden (B, S. 88).
FDP	<ul style="list-style-type: none"> • Einsatz von multiprofessionellen Teams zur Entlastung des Erziehungspersonals (B, S. 6).
Die Linke	<ul style="list-style-type: none"> • Multiprofessionelle Teams bestehend aus Lehrkräften, Schulsozialarbeiter*innen, Psycholog*innen und medizinischem Fachpersonal sollen zusammenarbeiten, um den individuellen Bedürfnissen der Schüler*innen gerecht zu werden (B, S. 39).

Kinder

CDU/CSU	<ul style="list-style-type: none"> • Alle Kinder mit Förderbedarf sollen zur Teilnahme an einem vorschulischen Programm in einer Kindertagesstätte, einem Kindergarten oder einer Vorschule verpflichtet werden (B, S. 7). • Antragsprozesse für Hilfsmittel sollen vereinfacht werden (B, S. 63).
SPD	<ul style="list-style-type: none"> • Es soll multiprofessionelle Teams in Kitas und Schulen geben (B, S. 15).
Bündnis 90/Die Grünen	<ul style="list-style-type: none"> • Rechte von Kindern sollen in den Mittelpunkt von Politik und Gesellschaft gesetzt werden (B, S. 77). • Das Mitbestimmungsrecht von Kindern soll weiter gestärkt werden (B, S. 77). • Kinder sollen bei den sie betreffenden Angelegenheiten beteiligt werden (B, S. 77).
FDP	<ul style="list-style-type: none"> • Multiprofessionelle Teams sollen zur Entlastung des Erziehungspersonals eingesetzt werden (B, S. 6). • Sprachkompetenzen sollen optimal gefördert werden (B, S. 6). • Es soll bundesweit verpflichtende und altersgerechte Sprachtests für alle Kinder im Vorschulalter geben (B, S. 6).
Die Linke	<ul style="list-style-type: none"> • Jedes Kind soll so begleitet werden, dass es sich bestmöglich entfalten kann (B, S. 39). • Es soll eine inklusive Schule geben, in der alle Kinder unabhängig von ihrer Herkunft, Förderbedarf oder sozialen Umständen gemeinsam lernen und wachsen können (B, S. 39).

Bildung/Teilhabe

CDU/CSU	<ul style="list-style-type: none"> • Es soll eine gute (frühe) Bildung geben (B, S. 63). • Kindertagesstätten und Schulen in sozialen Brennpunkten sollen stärker unterstützt werden (B, S. 63). • Kindertagesstätten, Kindergärten und Grundschulen sollen stärker zusammengedacht werden (B, S. 63). • Es sollen institutionenübergreifende Bildungspläne mit bundeseinheitlichen Qualitätsmindeststandards eingeführt werden (B, S. 63). • Das Erlernen der „Bildungssprache Deutsch“ (B, S. 63) soll Priorität haben. • Es sollen einheitliche und verpflichtende Sprachtest für jedes Kind (im Alter von vier Jahren) geben (B, S. 63). • Kinder mit Förderbedarf sollen verpflichtend an einem vorschulischen Programm in einer Kindertagesstätte, einem Kindergarten oder einer Vorschule teilnehmen (B, S. 63).
SPD	<ul style="list-style-type: none"> • Es soll eine praxisnahe und kostenfreie Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen geben (B, S. 32). • Es sollen einheitliche Standards für eine hohe Ausbildungsqualität (besonders für die therapeutischen Berufe) geben (B, S. 32).
Bündnis 90/Die Grünen	<ul style="list-style-type: none"> • Sprachförderung soll ein durchgängiger Prozess in der Schule sein (B, S. 78).
FDP	<ul style="list-style-type: none"> • Es soll bundesweit verpflichtende und altersgerechte Sprachtests für alle Kinder im Vorschulalter geben (B, S. 6). • Bei Förderbedarf soll eine verpflichtende Sprachförderung für mindestens zwei Jahre vor Beginn der Schulpflicht folgen (B, S. 6).
Die Linke	<ul style="list-style-type: none"> • Das duale System soll als Kern der Berufsausbildung gelten (B, S. 75). • Die Zahl der Studierenden soll erhöht werden (B, S. 76).

KVVHG / Logopädie im Krankenhaus

CDU/CSU	<ul style="list-style-type: none"> • Es soll eine stationäre Versorgung mit einer flächendeckenden Grund- und Regelversorgung – insbesondere im ländlichen Raum – geben (B, S. 67, 68). • Ein kalter Strukturwandel in der Krankenhauslandschaft soll verhindert werden (B, S. 67, 68). • Die Planungshoheit der Länder für Krankenhäuser soll von der KVVHG unberührt bleiben (B, S. 67, 68). • Andere Gesundheitsberufe sollen mehr Verantwortung für die Versorgung übernehmen (B, S. 67, 68). • Haus- und Kinderarztpraxen sollen eine stärkere Steuerungsfunktion der Patienten haben (B, S. 67, 68). • Es soll mehr Zeit für Behandlungen geschaffen werden (B, S. 67, 68).
----------------	---

	<ul style="list-style-type: none"> • Prävention soll in den Mittelpunkt gestellt werden (B, S. 67, 68).
SPD	-
Bündnis 90/Die Grünen	<ul style="list-style-type: none"> • Gesundheitsberufe sollen "mehr Kompetenzen und so eine bessere Arbeitsteilung und eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe" (A, S. 90) haben. • Die Umsetzung der Krankenhausreform soll weiter vorangetrieben werden (A, S. 90).
FDP	<ul style="list-style-type: none"> • Künstliche Sektorenbarrieren zwischen dem ambulanten und dem stationären Versorgungsbereich sollen konsequent abgebaut werden (B, S. 32). • Die Verzahnung und Vernetzung aller Versorgungsbereiche soll weiterentwickelt werden (B, S. 32). • Ärzte und Pflegekräfte sollen entlastet werden (B, S. 32).
Die Linke	<ul style="list-style-type: none"> • Die Gesundheitsversorgung durch niedergelassene Ärzte, Ambulanzen und Krankenhäuser muss flächendeckend gesichert werden (B, S. 46).

Digitalisierung

CDU/CSU	<ul style="list-style-type: none"> • Die Digitalisierung im Gesundheitsbereich soll vorangebracht werden (B, S. 69). • Mit umfassender Aufklärung soll die freiwillige Weitergabe der persönlichen Gesundheitsdaten für klinische Studienzwecke und damit die Bekämpfung von Krankheiten vorangebracht werden (B, S. 69).
SPD	-
Bündnis 90/Die Grünen	<ul style="list-style-type: none"> • Durch den Einsatz von digitalen Lösungen und evidenzbasierter KI soll zum Abbau unnötiger Bürokratie beigetragen werden (B, S. 90).
FDP	<ul style="list-style-type: none"> • Die Digitalisierung soll weiter vorangetrieben werden (B, S. 32).
Die Linke	-

Bürokratie

CDU/CSU	<ul style="list-style-type: none"> • Es soll weniger Bürokratie für alle Berufsgruppen geben (B, S. 13, 73). • Digitalisierung soll in der Pflege vorangebracht werden (B, S. 73).
SPD	<ul style="list-style-type: none"> • Unnötige Bürokratie soll gekappt werden (B, S. 5). • Die Verwaltung soll beschleunigt und digitalisiert werden (B, S. 5).
Bündnis 90/Die Grünen	<ul style="list-style-type: none"> • Gesundheitsfachberufe und Vertragsärzt*innen sollen von unnötiger Bürokratie und überflüssigen Regressverfahren entlastet werden (B, S. 89).

FDP	<ul style="list-style-type: none"> • Unnötige Bürokratie im Gesundheitswesen soll abgebaut werden (B, S. 11, 32).
Die Linke	-

Auflistung der gesichteten Programme mit Datum

Partei	Programm	gesichtet am
CDU/CSU	B: Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2025	18.12.2024
SPD	B: Regierungsprogramm für die Bundestagswahl 2025	08.02.2025
Bündnis 90/Die Grünen	A: Grundsatzprogramm	23.12.2024
	B: Regierungsprogramm 2025	08.02.2025
FDP	B: Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2025	30.12.2024
Die Linke	B: Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2025	29.12.2024